

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 121 bis 124:

Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können. ~~Langfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen, die aus den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist.~~ ~~Es soll selbst ein vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten.~~ ~~Wir treten dafür ein, den Rat der Europäischen Union in einen Europäischen Senat zu überführen, der in den Mitgliedsstaaten und ihren Regionen möglichst direkt durch die Bürger*innen gewählt werden soll.~~ Diese zweite Kammer bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

Begründung

Diese Ergänzungen und diese Änderung wiederholen und konkretisieren die einschlägigen Forderungen

- des EGP-Parteitags Antwerpen, 2018, "Our European Union: ENGAGING FOR A DEMOCRATIC AND UNITED EUROPE", https://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/news/files/1.%20Adopted%20Our%20EU_%20a%20democratic%20and%20united%20Europe.pdf , dort S. 3 und 8 - diese englische Fassung ist für die gesamte Europäische Grüne Partei massgeblich und im hier einschlägigen Punkt 13 ("..The EP must have the power to initiate legislation..") auch sprachlich genauer als die deutsche Beschlussversion "Unsere Europäische Union: ENGAGEMENT FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND GEEINTES EUROPA", https://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/news/files/1.%20Adopted%20Our%20EU_%20a%20democratic%20and%20united%20Europe-de.pdf , dort S. 4 und 9;
- der BDK Berlin, 2017, "Zukunft wird aus Mut gemacht" (Bundestagswahlprogramm), https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf , dort S. 74;
- BDK Münster, 2016, "Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten", https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/E-01_Ja_zu_Europa__Mut_zur_Veraenderung.pdf , dort S. 2, 3 und 15
- der BDK Dresden, 2014, "Europa mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten" (Europawahlprogramm), https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf , dort S. 74
- der BDK Berlin, 2013, "Zeit für den grünen Wandel" (Bundestagswahlprogramm), https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf , dort S. 287 und 294;

- der BDK Berlin, 2002, "Die Zukunft ist grün." (Grundsatzprogramm), https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Grundsatzprogramm-Beschluss-BDK-Berlin-03-2002.pdf , dort S. 153.

Grösste Schwäche der Europäischen Union ist ihr Demokratiedefizit. Ihre Akzeptanz und ihre Leistungsfähigkeit erfordern seine Überwindung.

Das Europäische Parlament soll endlich vollwertige Europäische Legislative werden. Dafür sind zwei Schritte von zentraler Bedeutung: erstens soll es selbst die Gesetzesinitiative ergreifen können und nicht mehr davon abhängen, ob die Europäische Kommission seiner Aufforderung konstruktiv nachkommt oder aber sich (begründungspflichtig) weigert (vgl. <https://dejure.org/gesetze/AEUV/225.html>). Zweitens soll bei der europäischen Gesetzgebung nicht mehr der "Rat" (d.h. Rat der Europäischen Union, dem EU-Minister*innenrat, nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschef*innen; vgl. <https://dejure.org/gesetze/AEUV/294.html>), sondern eine europäische Zweite Kammer gleichberechtigt mitwirken. Der grosse Unterschied: nicht mehr die (mehr oder weniger weisungs- und/oder koalitionsvertragsgebundenen) Mitglieder der nationalen Regierungen, sondern unabhängige, speziell für diese Aufgabe gewählte europäische Senator*innen entscheiden. - Es wäre viel zu zaghaft und kurzsichtig, an dieser Stelle ausgerechnet das deutsche Bundesrats-Modell reproduzieren zu wollen. Eine saubere Trennung von Legislative und Exekutive ist nicht nur "demokratiethoretisch" wünschenswert, sondern ganz praktisch zur Überwindung des gegenwärtigen Exekutivföderalismus dringend geboten. Eben deswegen wurde in Antwerpen "a European senate" beschlossen. Er sollte möglichst ganz (wie in Italien, Polen, den USA, der Schweiz) oder überwiegend (Spanien) direkt gewählt werden; soweit Senator*innen indirekt gewählt werden, sollten es dann Kommunal-/Regionalparlamente tun (wie ganz oder überwiegend in Frankreich, Belgien und den Niederlanden).

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Sebastian Schäfer (Oberberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Florian Lessing (Freiburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Yannick Wehr (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Schiffer (Düsseldorf KV); Jürgen Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sigrid Pomaska-Brand (Mark KV); Marius Blascheck (Stuttgart KV); Luca Brunsch (Kiel KV); Achim Jooß (Ortenau KV); Bruno Wipfler (Stuttgart KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV)